sisch-türkischer Vertrag zum Abschluß kam. Damit ist die schon seit längerer Zeit angebahnte Annäherung der drei mohammedanischen Reiche in Asien jetzt noch näher vollzogen, und für den britischen Imperialismus, der in Indien über 100 Millionen mohammedanischer Bevölkerung unterdrückt, ist diese Vereinigung von Angora bis Kabul unter gleichzeitiger Orientierung nach Moskau ein besonders schwerer Schlag.

Im Zusammenhang damit sind auch die Ereignisse im Rif besonders bemerkenswert, wo ein neuer Aufstand der Bergbewohner dem spanischen Vasallen Englands eine schwere Niederlage zugefügt hat. Nachdem in einem zweijährigen Kriege zunächst Spanien, und dann Spanien und Frankreich gemeinsam, den Aufstand der zirka 40 000 Riffabylenkrieger und Bergbauern mit fast einer halben Million Soldaten unter phantastischen Opfern mühevoll niedergerungen hatten, zeigt die neue Erhebung, daß die Welle der islamitischen Freiheitsbewegung vom Rif bis nach Indien nicht mehr wirklich unterdrückt werden kann, sondern nur vorübergehend niedergeschlagen ist. Vom Nordafrikanischen Kap bis nach Malabar wird diese Welle früher oder später in der gleichen Front hochschlagen wie die chinesische Revolution; das Ende der imperialistischen Kolonialherrschaft rückt ständig näher.

*

Die Lage in den Kolonien und Halbkolonien fördert trotz der relativen Stabilisierung in den kapitalistischen Hauptzentren schon heute die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern. Bezeichnend dafür sind die letzten Parteitage der französischen Sozialistischen Partei und der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat zu Ostern die Chinapolitik der Arbeiterpartei verurteilt, die Zurückziehung der englischen Truppen und Kriegsschiffe gefordert und die Solidaritätsaktion für die chinesische Revolution beschlossen. Es ist bezeichnend, daß diese Partei, die keineswegs mit der Komintern sympathisiert, auch dem Führer der Arbeiterpartei, Macdonald, der bisher ihr Delegierter im Vorstand der Arbeiterpartei war, das Mandat entzog und ein scharfes Mißtrauensvotum aussprach. Herr Macdonald hat es vorgezogen, den Parteitag seiner Partei überhaupt nicht mehr zu besuchen, und hat sich darauf beschränkt, ihr einen vorwurfsvollen Brief von der Ferienreise zu übersenden.

Ein ganz ähnliches Mißtrauensvotum sprach die französische Sozialistische Partei gegen den Hauptrepräsentanten der französischen Sozialdemokratie, den französischen Völkerbunddelegierten Paul Boncour aus, der seinerseits aus Erholungsrücksichten sich ebenfalls mit einer Zuschrift an den Parteitag begnügte. Die Linksschwenkung der französischen Arbeiter kommt aber nicht nur in diesem Punkte zum Ausdruck, sondern auch in der Diskussion über die Einheitsfront mit den Kommunisten. Die französische Sozialdemokratie hat vor einem Jahre auf dem Kongreß in Clermont Herant vor allem diskutiert, ob ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien weiter erlaubt sei.

Mit knapper Mehrheit lehnten die Arbeiterdelegierten damals die Koalitionspolitik ab. Vom Zusammengehen mit den Kommunisten war damals kaum die Rede. Diesmal war es umgekehrt. Nur der rechte Flügel der Partei verteidigte erfolglos unter Kronbach und Renaudel die alte Linksblock-Politik. Die große Mehrheit der Partei, rechtes Zentrum, linkes Zentrum und Linke, auch die parlamentarisch durchaus verseuchten Führer dieser Gruppen wie Blum, Vauré, Morell usw., waren gezwungen, von der Linksblockpolitik als von einer erledigten Sache zu reden. Dagegen stand im Mittelpunkt der Tagesordnung die Diskussion über die Einheitsfront mit den Kommunisten, sie wurde diesmal noch von einer großen Mehrheit abgelehnt. Aber schon die Art der Diskussion und Fragestellung bezeichnen den Fortschritt der Linksbewegung und den Druck der Massenstimmung auf die Sozialdemokratie. Sieger blieb auch diesmal das rechte Zentrum der Partei, es hat aber — wie gesagt — eine Schwenkung vollziehen müssen, um die Position zu behaupten.

*

Alle diese Ereignisse sind auf Englands Außenpolitik nicht wirkungslos vorübergegangen. Am schärfsten drückt sich das in der englischen Schwenkung gegen Mussolinis Albanienpolitik aus, der eine stärkere Annäherung an Frankreich entspricht. Die englische Presse droht Mussolini ganz offen mit dem Völkerbund, weil er trotz der Ratifikation der Retunoverträge mit Jugoslawien nicht in eine Diskussion des Tiranavertrages und eine Zurücksetzung der italienischen Albanienansprüche auch nur vorübergehend einwilligen will. Diese Schwenkung darf man aber nicht etwa als eine Aufgabe der Versuche zur Bildung des Antirußlandblockes verstehen. Im Gegenteil, es ist ein taktischer Zug, um Frankreich, das vor dem Abschluß der russischen Verhandlungen steht, in diesem Punkte abzuschrecken und für die englische Chinapolitik zu gewinnen. Es ist bezeichnend, daß Seydoux, der frühere Leiter der französischen Außenpolitik in den Zeiten des Nationalblocks, der vor wenigen Tagen in Paris führend in die scharfe Pressekampagne gegen den Abschluß des Rußlandvertrages eingriff, jetzt im Petit Parisien mit großer Energie für eine Ordnung der „in Unordnung gekommenen englisch-französischen Beziehung" eintritt und die bevorstehende Reise Poincarés nach London zu diesem Zwecke ausgenützt sehen will. Im Zusammenhang damit ist auch das Einlenken der Schweiz gegen Sowjetrußland von Bedeutung. Es erfolgte auf den Druck der Imperialisten hin, die Sowjetrußland zwingen wollen, an der Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, nicht um etwa den Kriegsblock zu liquidieren, sondern um die Sowjetunion vor dem Forum der ganzen Welt, sei es, wenn sie ablehnt teilzunehmen, sei es im Verlauf der Verhandlungen, zu kompromittieren. Dennoch zeigt diese Schwenkung, daß gewisse Hoffnungen auf ein rasches Zustandekommen des Kriegsblockes zur sofortigen Intervention gescheitert sind, und sie bedeutet einen neuen Beweis der Stärke der Sowjetunion.

Sozialdemokratisches Porzellan

Die Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Schwerkapitalisten, die zur jahrelangen Erwerbslosigkeit eines großen Teiles der deutschen Arbeiterschaft führten, die soziale und kulturpolitische Reaktion des Bürgerblocks und ihre Auswirkungen, haben innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung einen breiten Raum geschaffen für eine Linksentwicklung, von der auch große Teile der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft erfaßt sind. Die „linken" sozialdemokratischen Führer fühlen, daß sie beim Weiterschreiten dieser Entwicklung allmählich isoliert werden und versuchen auf diese Entwicklung zu reagieren, indem sie innerhalb der SPD selbst verschiedene Probleme wie die Frage Staat und Demokratie, oder die Frage Preußenregierung in den Mittelpunkt der Debatten der Opposition der SPD stellen. Das Ergebnis derartiger Debatten ist nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte Arbeiterschaft von Interesse, da daraus vor allem ersehen werden kann, wie weit die Linksentwicklung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitermassen bereits fortgeschritten ist, denn nur unter dem Druck dieser Massen werden diese Probleme von den linken Führern aufgerollt. Die Ergebnisse sind weiterhin interessant, weil daraus auch zu ersehen ist, in welchem Maße die „linken" Führer ihre radikalen Phrasen selbst ernst nehmen und durch die Tat verwirklichen wollen.

Die Sozialdemokratie ist durch die preußische Koalition mit dem Zentrum, das gleichzeitig im schwarzblauen Bürgerblock sitzt, sehr stark engagiert und verlangt von ihren Parteigenossen im übrigen Reich, daß sie auf diese Regierungskoalition alle nur irgendwie möglichen Rücksichten nehmen. Bei der starken Linksentwicklung der deutschen Arbeiterschaft ist aber dafür die sozialdemokratische Opposition nicht zu haben. In einem Artikel in der Leipziger Volkszeitung nahm vor einiger Zeit der Sozialdemokrat Fleißner zur Preußenkoalition in einer Form Stellung, die überaus scharf kritisierend war. Er schreibt, daß von irgendwelchen Erfolgen im sozialdemokratischen Sinne in Preußen in den letzten Jahren nicht gesprochen werden könne. Dagegen höre man fortwährend von sehr eigenartigen und kompromittierlichen Dingen. Er führt die Hirtsiefer-Verordnung auf, die Reichsverordnung zur Erhöhung der Mieten um 20 Prozent, die rückständige preußische Gemeindeverfassung, um dann am Schluß noch den mit Hilfe der Sozialdemokratie abgeschlossenen Hohenzollernvertrag zu erwähnen. Ueberall muß Fleißner hier die sozialdemokratische Mitarbeit an diesen arbeiterfeindlichen Verordnungen, Zuständen und Gesetzen zugeben. Fleißner bezeichnet die preußische Koalition als einen jämmerlichen Zustand, als eine „Wurstelei", die meist den Bürgerlichen zugute kommt und die man keinesfalls mehr eine „Machtposition" nennen könnte.

Dieser Artikel Fleißners hat den Chefredakteur des Vorwärts, Schiff, auf den Plan gerufen, der sehr entrüstet dagegen Stellung nimmt und sich als guter Bürger vor allem gegen den Ton verwahrt. Mit Vergnügen werden seine Auslassungen im Volksstaat, dem Organ der alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens nachgedruckt. Schiff meint, der Artikel Fleißners sei „ein geradezu erschreckendes Symptom für die politische und taktische Einstellung eines Teiles der Parteimitglieder". Zur Bekräftigung seiner Ansicht führt er dann noch einen Beschluß des Berliner Bezirksparteitages der SPD an, der das für seine Person Ungeheuerliche fordert, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen das als Teil des Bürgerblocks regierende Zentrum „einen gleich scharfen Kampf führe, wie gegen die anderen Parteien des Bürgerblocks, ohne Rücksicht auf die Koalition in Preußen."

Für den Sozialreaktionär Schiff ist dieser Beschluß natürlich ungeheuerlich. „Wenn er nicht totsicher in Kiel in dem Orkus verschwinden würde, müßte er die stärksten Bedenken hervorrufen." Schiff plaudert hier also bereits ganz offen aus, wie man in Kiel versuchen will, mit unliebsamen Anträgen umzugehen. Man will sie einfach verschwinden lassen. Genau so unverschämt ist es, wenn er heute, nachdem wie Fleißner richtig bemerkte — die Sozialdemokratie an fast allen reaktionären Maßnahmen des Bürgerblocks beteiligt ist, den Arbeitern weiß machen will, es sei eine Notwendigkeit in der Preußenregierung zu bleiben, weil dadurch reaktionäre Maßnahmen und Gesetze des Bürgerblocks verhindert werden könnten.

In seiner Antwort an Schiff stellt Fleißner fest, daß dieser auch nicht den leisesten Versuch gemacht hat, seine auf konkrete Angaben und Tatsachen gestützte Ausführungen anzuzweifeln, also auch von ihm die Mitwirkung an arbeiterfeindlichen Verordnungen und Gesetzen nicht abgestritten werden kann.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD sind für die ganze deutsche Arbeiterschaft von Bedeutung, da sie zur Klärung der Verhältnisse beitragen werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß man sich heute innerhalb der Sozialdemokratie nicht über das Ziel streitet, sondern nur über die Wege, auf denen dies Ziel erreicht werden soll. **Rechte wie „linke" Sozialdemokraten glauben heute noch immer, trotzdem es durch die geschichtliche Tatsache längst widerlegt ist, daß die Arbeiterschaft auf dem Wege der Demokratie zur Macht kommen kann.** Ihr Ziel ist die reine Demokratie, die Gleichberechtigung zwischen Arbeit und Kapital. Wer heute noch an die Verwirklichung eines derartigen politisch und ökonomisch unmöglichen Gebildes glaubt, wer heute glaubt, daß sich eine gesellschaftliche Umwälzung im Sinne des Proletariats auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie vollziehen lasse, der hat den Sinn der bürgerlichen Demokratie als besondere Ausdrucksform des bürgerlichen Klassenstaates nicht begriffen.

Aber davon ganz abgesehen, werden auch die Debatten über die Wege, die zu einem unmöglichen Ziel führen, beitragen zur Klärung in den Köpfen der deutschen Arbeiterschaft und damit mithelfen, die schweren Kämpfe vorzubereiten, denen die deutsche Arbeiterschaft entgegengeht.

Zu dem Artikel Schiffs nimmt am Donnerstag auch die Dresdner Volkszeitung Stellung. Sie erklärt die Angelegenheit der preußischen Koalition und die Sachsenfrage werde auf dem Parteitag in Kiel eine Rolle spielen. Auch von der Volkszeitung erfährt man dabei, daß die preußische Koalition gar nichts taugt, die Volkszeitung schreibt:

„In der preußischen Verwaltung ist die reaktionäre Bureaukratie herrschend, und bei verschiedenen gesetzgeberischen Arbeiten ging die Sozialdemokratie Kompromisse ein, die vielen unserer Genossen kaum noch tragbar erschienen. In der Frage der Hohenzollernabfindung, der Arbeitszeitnotgesetze und bei der Mietzinserhöhung sahen sich unsere Genossen der Koalitionspolitik wegen zu peinlichen Konzessionen genötigt."

Für die sächsische Arbeiterschaft ist diese Feststellung deswegen interessant, weil noch vor wenigen Tagen die Sozialdemokraten im Landtag behaupteten, daß die preußische Koalition bedeutend besser sei wie die sächsische. Jetzt stellt das SPD-Organ aber selber fest, daß die SPD in Preußen ASPS-Politik macht.

Noch interessanter ist aber die Schlußfolgerung, die von den „linken" austromarxistisch inspirierten sozialdemokratischen Führern aus dem Ergebnis der preußischen Koalitionspolitik gezogen wird. Wenn man glaubt, die „Linken" kommen daraus zu dem Ergebnis, daß man Schluß machen müsse mit der Koalitionspolitik, dann irrt man sich gewaltig. Sie denken nicht daran, den Klassenkampf zu führen, was sie empfehlen, ist eine Koalitionspolitik in neuer Auflage. Die Volkszeitung schreibt:

„Die Koalitionspolitik wird von manchen Parteigenossen als Allheilmittel, von manchen als der große Popanz, vor dem man sich unter allen Umständen bekreuzigen muß, betrachtet. Weder das eine noch das andere ist richtig, weder das eine noch das andere entspricht einem politisch-sachlichen Durchdenken der Dinge. Ob wir in eine Koalition hineingehen können oder Oppositionsstellung zu beziehen haben, hängt von den allgemeinen Umständen und Kräfteverhältnissen ab. In dem einen Falle kann Beteiligung an der Koalition für die Sozialdemokratie Machtausübung und Machterweiterung bedeuten, in dem anderen Falle Schwächung und Kompromittierung, und viele Genossen sind eben der Meinung, daß die Sozialdemokratie mehrfach unter ungünstigen Umständen an Koalitionsregierungen beteiligt war und daß sie daraus lernen muß."

Also, die Koalitionspolitik soll fortgesetzt werden, das ist der Kern dieser Ausführungen. Wo nun die „günstigen Umstände" beginnen oder die „ungünstigen" aufhören, das verschweigt der „politisch-sachliche" Durchdenker der Dinge. Sie können nach der Ansicht der „Linken" aber doch nur auf parlamentarischem Gebiet liegen. Also Reformismus in Reinkultur auch für die „Linken". Die parlamentarischen Illusionen werden aufrecht erhalten. Im Landtag erklärten die „Linken", es liege an der Person. Nicht Heldt, sondern Fleißner, dann ist alles schon gemacht.

Die ganze Diskussion zeigt aber nur, daß die Radikalisierung der Arbeiter die „linken" Führer zwingt, Farbe zu bekennen, und daß sie sich abmühen, ihre wirkliche, reformistische Einstellung radikal zu verschleiern.

Unsere Aufgabe wird es sein, über diese Manöver der Austromarxisten hinaus die Arbeiter auf den Weg des wirklichen Klassenkampfes zu führen.

Der Angriff auf die Volksschule

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vorwärts ist in der Lage mitzuteilen, daß sich das Reichsinnenministerium mit dem Gedanken trägt, dem Reichstag noch vor seinem Wiederzusammentritt ein Reichsschulgesetz vorzulegen. Die Auffassungen der Ländergegierungen hierzu sollen vorher noch eingeholt werden. Ueber den Inhalt des neuen Entwurfs wird mitgeteilt, daß er entgegen dem Paragraphen 146 der Reichsverfassung für alle drei Schularten gleiche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen will. Damit wäre das Gesetz verfassungsändernd.

Verschärfung des südslawischen Konfliktes

Vor einem Krieg auf dem Balkan

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vossischen Zeitung wird aus Paris gemeldet, daß nach dort vorliegenden Nachrichten kein Zweifel darüber bestehen könne, daß der italienisch-südslawische Konflikt seit den Ostertagen in bedrohlicher Maße an Schärfe zugenommen hat. Das französische Auswärtige Amt macht im Gegensatz zu der bisherigen Vertuschungspolitik heute kein Hehl daraus, daß Grund zu ernsten Beunruhigung gegeben sei.

Verhindert Truppen- und Waffentransporte

Ein Aufruf der englischen Bauarbeiter

London, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Vorstand des englischen Bauarbeiterverbandes veröffentlicht eine Resolution, in der mit Rücksicht auf die beunruhigende Fortsetzung englischer Truppentransporte nach China die Gesamtarbeiterschaft aufgefordert wird, **Truppen- und Munitionstransporte nach China mit allen Mitteln zu verhindern** und das Volk über die große Gefahr eines Krieges aufzuklären. „Es ist höchste Zeit", schließt die Resolution, „dem englischen Volk die Grausamkeiten und Verwüstungen des letzten Krieges in Erinnerung zu bringen. Die Anwesenheit der Truppen in China bedeutet **eine Gefahr des Friedens und ist eine fortdauernde Provokation".**

Tschang kämpft nicht gegen den Norden

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Nach bürgerlichen Blattermeldungen aus London bestätigen sich die letzten Berichte aus China, **daß Tschangkaischeks Stellung keineswegs als gesichert angesprochen werden könne.** Selbst seine Regierungsbildung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten und es ist ihm bisher nur gelungen, einen politischen Rat aus seinen Anhängern zu bilden. Unter diesen Umständen bestehen Zweifel über seine Fähigkeit, seine militärische Stellung zu befestigen. Es soll bereits zu ernsten Zusammenstößen zwischen seinen Truppen und denen der Hankauer Regierung gekommen sein, während die **Kämpfe mit den Nordtruppen völlig aufgehört** haben, vermutlich deshalb, weil gewisse Beziehungen zwischen Tschangkaischek und Tschangtsolin bereits im Gange sind.

Der Verräter wird milder behandelt

Greuelmärchen über die Revolutionäre

Berlin, 23. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der französische Korrespondent Dali Telegraph meldet, die französische Regierung ist der Ansicht, **daß Tschangkaischek milder behandelt werden müsse,** damit der sogenannte chinesische Nationalismus nicht zum Kommunismus zurückgetrieben werde und daß Tschangkaischek, der chinesische Nationalist, nicht ebenso behandelt werden könne, wie Feng, der Komplice Borodins.

Nach einer Reutermeldung wird angenommen, da Nanking jetzt „die Defaktoregierung ist", daß die Mächte ihre Note der Nankingregierung überreichen werden. Das Nankinger Hauptquartier sagt voraus, **daß Tschangkaischek sofort allen Forderungen nachkommen werde.**

Die imperialistische Presse verbreitet lügenhafte **Greuelmeldungen** aus Hankau, wo Massenhinrichtungen und Ueberfälle auf Fremde an der Tagesordnung sein sollen. Das ist **Stimmungsmache zum imperialistischen Ueberfall auf die Hankauer Revolutionsregierung,** die allen imperialistischen Drohungen und Verlockungen, allen Verrätereien Tschangkaischeks und Vorstößen Tschangtsolins standhält und ihre **Truppen, auf die revolutionären Massen gestützt, zum weiteren Vorstoß gegen Norden vorschickt.**

Die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter

Zu unserer gestrigen Mitteilung über die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter müssen wir mitteilen, daß nicht Genosse Höllein, sondern der Genosse Reichstagsabgeordneter Hörnle verhaftet wurde.

Die falsche Berichterstattung beruhte auf einem Fehler in der telephonischen Uebermittlung.

Achtung! Maizeitung!

Die Maizeitung ist heute eingetroffen, alle Funktionäre und Literaturobleute müssen die Zeitung sofort in der Buchhandlung abholen.

Aufruf!

Das neutrale Komitee für Max Hoelz, zusammengesetzt **aus Frauen und Männern der verschiedensten politischen Richtungen,** erstrebt die schleunige Nachprüfung des Urteils des außerordentlichen Gerichts vom 22. Juni 1921. Durch dieses Urteil ist Max Hoelz mit lebenslänglichem Zuchthaus und mit dem dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft worden, insbesondere wegen der angeblichen Tötung des Gutsbesitzers Heß. Seit fast einem halben Jahre ist der Oeffentlichkeit und den Behörden bekannt, daß infolge der Selbstbezichtigung des wahren Täters, des Widerrufs des Haupthelastungszeugen und auf Grund anderer wichtiger Tatsachen die Grundlagen des Urteils im Falle **Heß erschüttert werden sind; auch liegt bedeutsames Material vor, das geeignet ist, andere wesentliche Teile des Urteils als auf Justizirrtümer beruhend erscheinen zu lassen.**

Weite Kreise des In- und Auslandes, die den politischen Anschauungen von Max Hoelz völlig ablehnend gegenüberstehen, sind davon überzeugt, daß sein ganzes Tun stets nur von den lautersten Beweggründen geleitet war.

Das Komitee fordert die schleunige Herbeiführung eines neuen Urteils über die Taten und über die Person von Max Hoelz.

Es erhebt gegen **die auffallend langsame Bearbeitung des Rechtsfalles den schärfsten Protest** und macht die Behörden auf die Erbitterung aufmerksam, die weite Kreise angesichts der ungleichmäßigen Anwendung der Amnestiegesetze ergriffen hat.

Das Komitee fordert alle diejenigen auf, die es in diesem Rechtskampf unterstützen wollen, sich ihm durch schriftliche Erklärung (zu richten an die Adresse des Komitees, **Berlin W. 8, Friedrichstraße 59 60, 1. Hd. von Dr. Beck**) anzuschließen, und zwar unter Angabe der genauen Adresse.

Berlin, den 23. April 1927.

Dr. Alfred Apfel, Prof. Hans Baluschek, Johannes R. Becher, Dr. Kurt Beck, Rudolf Belte, Georg Bernhard, Paul Bildt, Josef Bornstein, Bert Brecht, Bernhard von Brentano, Prof. Otto Dix, Intendant Carl Ebert, Prof. Dr. Albert Einstein, Erich Engel, Gertrud Ensoldt, San.-Rat Dr Leopold Feilchenfeld, Lion Feuchtwanger, S. Fischer, Verlagsbuchhändler, Dr. S. Friedländer (Mynona), Dr. Eduard Fuchs, Heinrich George, Dr. Manfred Georg, Hellmuth von Gerlach, Prof. Dr. Alfons Goldschmidt, München, Golke, M. d. L., Oscar Maria Graf, Alexander Granach, George Groß, Kurt Großmann, Stefan Großmann, Dr. E. J. Gumbel, Prof. Felix Halle, Gustav Hartung, Max Hermann-Neiße, Wilhelm Herzog, Wieland Herzfelde, Werner Richard Heymann, Dr. Kurt Hiller, Dr. Max Hirschberg, München, Dr. med. Max Hodann, Dr. Arthur Holitscher, Heinrich Eduard Jacob, Herbert Ihering, Dr. Erwin Kaiser, Dr. Alfred Kerr, Gustav Kiepenheuer, Egon Erwin Kisch, Kurt Kläber, Käthe Kollwitz, Max Kolmsberger, München, Fritz Kortner, Dr. Robert Kuczynski, Hans Land, Leo Lania, Dr. Emanuel Lasker, Otto Lehmann-Rußbüldt, Rudolf Leonhard, Erich Lübbe, Emil Ludwig, Heinrich Mann, Thomas Mann, Dr. med. Julian Marcuse, München, Karl Heinz Martin, Dr. Robert Misch, Dr. Erich Müller, München, Otto Nuschke M. d. L., Prof. Paul Oestreich, Rudolf Olden, Max Pechstein, Erwin Piscator, Prof. Ludwig Quidde, Gustav Rickelt, Ernst Rowohlt, Paul Schlesinger (Sling), Rudolf Schlichter, Freiherr von Schoenaich, Leopold Schwarzschild, Dr. Alfons Steiniger, Dr. Helene Stöcker, Ernst Thrasolt, Ferdinand Timpe, Ernst Toller, Dr. Kurt Tucholsky, Dr. Armin T. Wegner, Erich Weinert, Dr. Alfred Wolfenstein, Heinrich Zille, Arnold Zweig.